

1. Tätige Nächstenliebe ist ein Grundauftrag der Kirche

"Die Armen gehören zur Mitte der Kirche" - Diesen christlichen Grundauftrag hat Papst Leo XIV. mit seinem Lehrschreiben "Dilexi te - Über die Liebe zu den Armen" betont. Es ist das erste Lehrschreiben im neuen Pontifikat und bildet eine Brücke zum Wirken von Papst Franziskus. Immer muss es der Kirche um die Würde aller Menschen gehen und um den Einsatz gegen die Ursachen, die zu vielfältigen Formen von Armut führen. Neben Verkündigung und Gottesdienst ist konkrete Nächstenliebe in Form des karitativen Wirkens ein Grundvollzug von Kirche auf allen ihren Ebenen.

In Österreich ist der Grundwasserspiegel von Solidarität und Nächstenliebe weiterhin sehr hoch. Er besteht im Engagement von zigtausenden Menschen, die sich selbstlos für andere einsetzen. Viele davon sind in den zahlreichen Caritasorganisationen freiwillig und ehrenamtlich engagiert, und ihre Zahl ist in den letzten Jahren sogar angewachsen. Die neun diözesanen Caritas-Organisationen bilden zusammen mit der Pfarrcaritas und anderen kirchlich-karitativen Initiativen ein dichtes und hochprofessionelles Netz der Hilfe in Österreich und darüber hinaus. Die Caritas hat keine parteipolitischen Agenden. Sie steht von sich her keiner Partei "näher" oder "ferner". Ihr Platz ist an der Seite der Armen und all jener, die Hilfe brauchen; ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihres Geschlechts.

Es muss allen, die sich für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft einsetzen, zu denken geben, wenn der Papst Entwicklungen kritisiert, wonach "praktizierte Nächstenliebe verachtet oder lächerlich gemacht wird". Leider haben derartige Tendenzen auch in Österreich zugenommen. Wir Bischöfe warnen vor Methoden, die das Vertrauen in die tätige Nächstenliebe und Hilfswerke systematisch untergraben und Menschen gegeneinander aufbringen wollen. Hilfsorganisationen wie die Caritas erbringen im Auftrag der Öffentlichen Hand wertvolle Leistungen für die Allgemeinheit.

Wem das Gemeinwohl ein Anliegen ist, muss sich daher für Sachlichkeit und einen faktenbasierten öffentlichen Diskurs einsetzen, um angesichts der aktuellen großen Herausforderungen im In- und Ausland zu verantwortungsvollen Lösungen zu kommen. Dies gilt nicht zuletzt im Blick auf die multiplen Krisen und eine in Österreich notwendige Budgetkonsolidierung. Sie zu meistern wird nur gelingen, wenn das Miteinander in der

Gesellschaft stark bleibt, wenn wir vor allem Menschen in Armut im Auge behalten und wenn alle bereit sind, ihren Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten.

Der Sozialstaat in Österreich muss stark bleiben. Ein wichtiges Ziel von Politik muss es sein, Armut zu verringern und den Druck auf Bedürftige nicht weiter zu erhöhen. Die Hilfe für Menschen in Not darf auch nicht von Herkunft und Religion abhängig gemacht werden. Menschenrechte sind unantastbar und gelten für alle Menschen. Solidarität darf auch nicht an der Staatsgrenze enden. Es ist eine christliche Grundüberzeugung, dass wir eine Menschheitsfamilie bilden und daher durch Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe den Ärmsten in der Welt beistehen müssen.

Mit Papst Leo XIV. sind die österreichischen Bischöfe "überzeugt, dass die vorrangige Option für die Armen eine außerordentliche Erneuerung sowohl in der Kirche als auch in der Gesellschaft bewirkt, wenn wir dazu fähig sind, uns von unserer Selbstbezogenheit zu befreien und auf ihren Schrei zu hören." (Dilexi te, Nr. 7)

2. Als Christen entschieden gegen Antisemitismus

Mit der Konzilserklärung "Nostra Aetate" ("In unserer Zeit") hat die Katholische Kirche vor 60 Jahren erstmals ein offizielles Dokument beschlossen, in dem das Verhältnis zu den nicht-christlichen Religionen wertschätzend beschrieben wird. Die Erklärung betont das Verbindende mit den anderen Religionen, ohne den eigenen Wahrheitsanspruch zu schmälern. Die Katholische Kirche, so heißt es, lehnt nichts von dem ab, was in den Religionen "wahr und heilig" ist. Diese Aussage bildet die Grundlage für den interreligiösen Dialog der Kirche und das Gespräch mit dem Judentum.

Von zentraler Bedeutung sind in der Erklärung die Verurteilung des Antisemitismus und Antijudaismus verbunden mit einem Schuldeingeständnis der Kirche. Zugleich wird die bleibende innere Verbundenheit zwischen dem christlichen und jüdischen Glauben festgehalten.

Österreich gedenkt in diesen Tagen der Novemberpogrome vor 87 Jahren. Am 9. November 1938 wurden in einer geplanten Aktion des nationalsozialistischen Regimes im gesamten damaligen "Deutschen Reich" Synagogen zerstört sowie Jüdinnen und Juden entwürdigt, verfolgt, gefoltert und ermordet. Die Novemberpogrome sind eines der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte: Ganz Österreich und besonders Wien waren davon erfasst, wo das blühende Leben einer großen jüdischen Gemeinde buchstäblich unter Schutt und Asche begraben wurde. Die Pogromnacht war aber nur ein Vorbote für die bis heute unfassbare Abgründigkeit der Shoah. Sie brachte Millionen Juden den Tod und die Vernichtung und hatte die vollständige Auslöschung jüdischen Lebens zum Ziel.

Dass Antisemitismus und Antijudaismus auch heute noch nicht überwunden sind, zeigt die hohe Zahl an antisemitischen Vorfällen und Übergriffen auch in Österreich. Sie sind seit dem Krieg Israels gegen die Terrororganisation Hamas stark angestiegen.

Unfassbar hoch ist die Zahl der Toten und Verletzten und das Ausmaß der Zerstörungen vor allem im Gazastreifen. Wir Bischöfe hoffen und beten, dass der brüchige Waffenstillstand endlich zu einem gerechten Frieden für alle Menschen im Heiligen Land führen wird.

Vor allem in den Sozialen Medien tobt noch immer ein hasserfüllter Krieg der Bilder und Worte, der den Antisemitismus hemmungslos befeuert. Die Gesellschaft darf solche antisemitischen Bilder, Worte und Taten nicht hinnehmen, und wir Bischöfe verurteilen sie auf das Schärfste. Es muss in Österreich das friedliche und freie Leben für Menschen jedweder Religion oder Überzeugung gewährleistet sein. Jüdisches Leben muss in Österreich als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft sichtbar möglich und sicher sein. Jeder Antisemitismus baut auf Lüge und Hass auf. Er darf die Herzen nicht wieder vergiften!

Wenn die christlichen Kirchen in Österreich der Novemberpogrome gedenken, dann stehen sie gerade heute verlässlich an der Seite der jüdischen Gemeinden und ihrer Treue im Glauben. Klarer als vor 87 Jahren ist uns Christen heute auch durch die Konzilserklärung

"Nostra Aetate" bewusst, dass im Judentum die Wurzel unseres Glaubens liegt. Wenn der jüdische Glaube an den Einen und Ewigen geschmäht und geschändet wird, verlieren auch wir Christen diesen Ursprung, aus dem wir leben.

3. Solidarität mit der Kirche in Armenien

Im Rahmen der Vollversammlung der Bischofskonferenz ist es zu einem Treffen mit Orientalisch-orthodoxen Kirchen gekommen, die in Österreich gesetzlich anerkannt sind. Daran teilgenommen haben Vertreter der Armenisch-apostolischen Kirche (erstmalig anerkannt 1903 und 1973 wieder anerkannt), der Syrisch-orthodoxen Kirche (seit 1988 anerkannt) und der Koptisch-orthodoxen Kirche (seit 2003 anerkannt). Alle drei Kirchen sind so wie die Katholische Kirche auch Mitglieder im Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ).

Im Zentrum der Gespräche stand die Situation der drei Kirchen und ihrer Gläubigen in Österreich, aber auch in den Herkunftsländern. Dabei ging es vor allem um die kirchliche Lage in Armenien, das als das älteste christliche Land der Welt gilt. Sehr präsent ist dort die tragische Situation der rund 120.000 Armenier, die vor zwei Jahren aus Berg-Karabach vertrieben wurden und ihre Heimat verloren haben. In Berg-Karabach werden unterdessen Kirchen, Klöster und Friedhöfe systematisch zerstört, um das armenische Christentum und alles, was daran erinnert, auszulöschen.

So wie der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich verfolgt die katholische Bischofskonferenz mit großer Sorge den wachsenden Druck der Regierung auf die Kirche in Armenien. Inzwischen sind dort insgesamt zwei Erzbischöfe (Mikael Ajapahyan und Bagrat Galstanyan), ein Bischof (Mkrtich Proshyan) sowie ein Gemeindepfarrer (Garegin Arsenyan) verhaftet worden. Erzbischof Mikael Ajapahyan wurde bereits zu zwei Jahren Haft verurteilt, während sich weitere Geistliche in Untersuchungshaft befinden.

Diese Entwicklungen haben bei vielen Gläubigen in Österreich und weltweit tiefe Bestürzung und Schmerz ausgelöst. Die Festnahme, Inhaftierung und Verurteilung höchster kirchlicher Würdenträger erweckt den Anschein, als würde die Religionsfreiheit in Frage gestellt. Wir sind besorgt, dass dieses Vorgehen mit Grundsätzen von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten nicht vereinbar ist. Solche Maßnahmen wirken wie ein willkürlicher und ungerechtfertigter Eingriff in die Freiheit der Kirche und können als Angriff auf die Glaubensgemeinschaft verstanden werden.

Die Armenisch-apostolische Kirche ist die Stimme des Gewissens und der Gesellschaft in Armenien. Sie steht im Dienst des Friedens, der Gerechtigkeit und der Versöhnung. Wo sie ihre prophetische Stimme erhebt, tut sie dies nicht gegen das Volk, sondern für das Wohl und die Würde aller Menschen. Die Kirche muss in dieser Sendung frei und ungehindert wirken können. Wir stehen im Gebet und in geschwisterlicher Solidarität an der Seite unserer armenischen Schwestern und Brüder und bitten Gott um Kraft, Trost und Weisheit in dieser schweren Zeit. Gemeinsam beten wir für die baldige Freilassung der inhaftierten Bischöfe, des Pfarrers und aller betroffenen Geistlichen sowie für Frieden, Einheit und Gerechtigkeit in Armenien.

4. Für eine synodale und missionarische Kirche

Die Glaubenswelt der Menschen und das kirchliche Leben hat sich in den letzten Jahren in Österreich, aber auch weltweit stark gewandelt. Das hat nicht nur der von Papst Franziskus initiierte Synodale Prozess deutlich gemacht, der von Papst Leo XIV. fortgeführt wird. Er ist kein Selbstzweck, sondern getragen vom Sendungsauftrag Jesu an alle, die ihm nachfolgen, das Licht des Evangeliums durch die Zeiten hindurch weiterzugeben und zu bezeugen. Jede Generation ist berufen, dafür einen "eigenen Stil der synodalen missionarischen Kirche immer besser zu erlernen und zu entwickeln", wie Papst Franziskus in der begleitenden Note zum Abschlussdokument der XVI. Ordentlichen Generalversammlung der Bischofssynode festhält.

Ein nüchterner Blick zeigt, dass die über Jahrhunderte fast selbstverständliche Zugehörigkeit zur "Volkskirche" in Österreich erodiert. Nach wie vor trägt das dichte Netz von Pfarren, die eine spirituelle Nahversorgung bieten und zum sozialen Zusammenhalt beitragen. Unbestritten gibt es ein schleichendes Verdunsten des Glaubenswissens und ein Abnehmen traditioneller Glaubenspraxis. Aber gleichzeitig zeigt sich eine neue, unerwartete Nachfrage nach einem Weg zum Christsein: 179 Erwachsenentaufen im heurigen Jahr allein in der Erzdiözese Wien sind ein deutlicher Beleg dafür.

Die Sehnsucht nach Sinn und Orientierung angesichts persönlicher und globaler Krisen hat spürbar zugenommen. Auch der Wunsch nach konkret gelebter Nächstenliebe, einer christlichen Identität und solider Seelsorge ist deutlich ausgeprägt. Einen festen Sitz im Leben haben Teilnahme und Mitfeier der Sakramente Taufe, Erstkommunion und Firmung. Die allermeisten katholischen Kinder und Jugendlichen besuchen den Religionsunterricht. Lebendige Traditionen entlang des Kirchenjahres bieten vielen Menschen Heimat, und die Kirche wird als Trägerin von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und sozial-karitativen Einrichtungen geschätzt.

Das alles bietet viele Ansatzpunkte für eine synodale und missionarische Kirche, die den unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen nahe sein will. Es gibt dazu immer mehr Initiativen einer missionarischen Seelsorge, um Menschen im Leben und Glauben vertiefend zu begleiten: Die Aktion "Denk Dich Neu" sucht auf kreative Art und Weise den Kontakt mit jungen Menschen - u.a. durch die gut angenommene Festivalseelsorge. Gastfreundliche "Alpha"-Glaubenskurse, die in London entwickelt wurden, gibt es in fast allen Diözesen. In der Wiener Akademie für Dialog und Evangelisation werden "Mission Possible"-Kurse angeboten, die zu einem zeitgemäßen Zeugnis des Glaubens befähigen. Die Initiative "Österreich der runden und eckigen Tische" will den Dialog und die Begegnung zwischen Andersdenkenden fördern. Dies ist eine Auswahl mutmachender Beispiele für ein synodal-missionarisches Bewusstsein, das weiter zunehmen muss, damit nach Abbrüchen und Umbrüchen echte christliche Aufbrüche wachsen können.